

Offener Brief an die Würzburger Stadtrat-Mitglieder

Würzburg, den 09.01.2021

Sehr geehrte Stadtrat-Mitglieder,

mit Bedauern mussten wir feststellen, dass Sie sich einer Resolution zum Aufruf "Nachdenken-statt verQUERt denken" angeschlossen haben, die sich offensichtlich gegen unsere Bewegung von „ElternStehenAuf Würzburg“ richtet, ohne sich vorab zu einem persönlichen Gespräch mit uns in Verbindung gesetzt zu haben.

Verheerender empfinden wir jedoch diese Entscheidung, da kurz vor Ihrer Abstimmung Herr OB Schuchardt ein Telefonat mit uns geführt hatte, in dem ihm ein Teil unserer Kritik (Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf unsere Kinder) vermittelt wurde.

Es ist sehr erschreckend, dass unsere kommunal Regierenden auf Grund eines Satzes (!) eines Gastredners (!) zu einer Veranstaltung (aktuell gehen wir auf die 100. Veranstaltung zu) sich einer solch herabwürdigenden Resolution anschließen.

Auch das Würzburger Bündnis für Demokratie und Zivilcourage e.V. möge doch bitte seinen eigenen Leitlinien Folge leisten und sich mit uns in Verbindung setzen, anstatt über uns in einer verurteilenden, diffamierenden und diskriminierenden Weise zu urteilen. Oder ist hier die deutschlandweite Framing-Kampagne erkennbar? Kritik unerwünscht?

Seit 8. Oktober 2020 warten wir auf die Beantwortung des Fragenkataloges, welcher Herrn Landrat Eberth eingereicht wurde. Der Fragekatalog an die Regierung Unterfranken ist bis dato ebenfalls unbeantwortet. Anliegen der Bürger mit Ignoranz und Diffamierung zu begegnen, ist alles andere als demokratiewürdigend. Wir besitzen eine Meinung – keine Meinungshoheit. Wir haben Fragen, die beantwortet werden möchten. Wir haben Forderungen, die mit einfließen möchten. Wir haben das Recht auf hartnäckige Kritik, wenn wir uns und unsere Familien in unserer Unversehrtheit bedroht sehen.

Es ist uns durchaus bewusst, dass die Verordnungen von Herrn Söder von Ihnen umgesetzt werden, dennoch sind Sie in der Lage und in der Verpflichtung auf kommunaler Ebene Auswirkungen und nicht umsetzbare Verordnungen zu erfassen und folglich bei einem erkennbaren Missstand dies an höherer Stelle weiterzuleiten, ggf. einzuschreiten. Dies ist ein Minimum an Eigenverantwortung, welche Sie gegenüber Ihren Bürgern haben. Nicht umsonst leben wir in einer Universitätsstadt, wo hierfür die Mittel zur Verfügung stehen.

### Unsere Hauptforderungen:

- **Kinder müssen vollständig von den Maßnahmen befreit werden.**  
Sie sind keine Risikogruppe & keine Infektionstreiber.  
Auswirkungen der Maßnahmen auf Kinder: Isolation, Freiheitsentzug, Desozialisierung, Unterbindung der natürlichen körperlichen Entwicklung, psychische Belastungen/Störungen, häusliche Gewalt, Vereinsamung, Unterbindung von notwendigen Therapien, etc.
- **Unbedenklichkeitsstudie des Maske-tragens bei Kindern**  
(Differenzierung in Tragedauer, Alter, Maskenart – bis dato keine existent)  
Risiken von MNB sind durchweg bekannt (Arbeitsschutzgesetz G26 Untersuchung, Kinderarzt Eugen Janzen, etc.)
- **Wahlfreiheit der Eltern bzgl. Beschulungsmöglichkeiten**  
(Distanzunterricht, verkürzter Unterricht, etc.)
- **Einführung von Evaluierungsinstrumenten, um die Auswirkungen / Folgen / Umsetzbarkeit der Maßnahmen auf die Kinder / Bevölkerung festzustellen**  
Wie kann ohne dies der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geprüft werden?

Auch in einer Pandemie müssen Grundrechtseinschränkungen minimiert und vor allem immer wieder kritisch geprüft werden. Hierbei ist Fingerspitzengefühl gefordert, da Bürger bei nicht nachvollziehbaren Einschränkungen die Entscheidungen der Regierenden weniger mittragen wollen. Hier ist Transparenz und ein offenes Miteinander unabdingbar.

Um hier den Bürgern möglichst weitestgehend entgegenzukommen, haben wir Ihnen eine weitere Auflistung von Defiziten (auf kommunaler Ebene umsetzbar) zusammengestellt, die keine Vollständigkeit wiedergibt;  
Antidiskriminierungskonzepte für Masken-befreite Menschen; eine transparente Website bzgl. kommunaler Statistik, Auslegung Verordnungen, lückenlose u. einheitliche Aufklärung bzgl. Testung und Quarantäne; Verbindliche Regeln für Schulen bzgl. Handhabung des Maske-tragens bei Kindern (Erholungspausen, Tragezeit); etc.

**„Gesunde werden krank gemacht“**

- Das ist Pathologie
- Salutogenese ist vergessen

**„Das Leben meines Kindes ist kein Deut weniger wert als das eines Risikomenschens“**

### Wer sind wir eigentlich?

Um Abschließend Ihnen auch in Bezug auf die Zugehörigkeit unserer Bewegung Klarheit zu vermitteln: Wir Bürger von „ElternStehenAuf Würzburg“ sind nicht strukturell aufgebaut, wir sind Partei-neutral, wir werden nicht durch Dritte gelenkt, wir gehören keiner anderen Organisation wie z.B. den „Querdenkern“ an, sondern wir bringen durch unseren Zusammenschluss unsere Sorgen und unsere Kritik zum Ausdruck. Jeder einzelne Mensch steht hier mit seiner eigenen Überzeugung für seine Rechte ein.

Wir nutzen von dem überregionalen Zusammenschluss „ElternStehenAuf“ lediglich die angebotenen juristischen Beratungen und Hilfestellungen für Eltern und deren Kinder.

Selbstverständlich kritisieren wir auch grundlegende Thematiken wie z.B. die Tauglichkeit des PCR-Testes oder die Handlungen und Strukturen der Politik und auch unsere Zielgruppe umfasst mittlerweile die Unternehmer, die Studenten, pflegebedürftige Menschen, Künstler, etc.

Wir stehen gegen jeglichen Antisemitismus, Rassismus, Extremismus, Diskriminierung etc. Extremismus haben wir bisher nur von der Antifa-Seite und anderen Gegendemonstranten gesehen. Jede bisherige Versammlung wurde unter Einhaltung der Bestimmungen umgesetzt und in einem gesellschafts-fähigen Ausmaß durchgeführt. Es liegen den Versammlungsleitern keine Verstöße bzgl. der Versammlungsbescheide vor.

Gerne würden wir bei einer Ihrer Stadtrats-Sitzungen teilnehmen, um uns einbringen zu können und um in einen gesellschaftsfähigen Diskurs mit Ihnen zu gehen.

Bei Fragen können Sie uns unter der E-Mail [wuerzburg@elternstehenauf.de](mailto:wuerzburg@elternstehenauf.de) erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative „Eltern stehen auf Würzburg“